

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 13/4800 –

Landeshaushaltsgesetz 2000/2001 (LHG 2000/2001)

Rheinland-pfälzisches Programm zur beruflichen Ausbildung von Jugendlichen

Der Landtag stellt fest:

Die Jahresbilanz 1999 für den Ausbildungsplatzmarkt zeigt, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen im dualen System der beruflichen Bildung wie in den vergangenen Jahren nicht ausgereicht hat, um allen jungen Menschen in Rheinland-Pfalz, die einen Ausbildungsplatz gesucht hatten, eine berufliche Ausbildung zu gewährleisten. Bei den Arbeitsämtern in Rheinland-Pfalz haben sich bis zum gesetzlichen Stichtag 30. September 1999 36 490 junge Menschen als Bewerberinnen oder Bewerber um einen Ausbildungsplatz gemeldet und im Oktober und November nochmals zusätzlich 1 266. Die zuständigen Kammern haben Ende 1999 30 693 neue Ausbildungsverträge verzeichnet. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen sind ihrer Verpflichtung, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bereitzustellen, nicht nachgekommen. Diese Lücke im Rahmen des dualen Systems der beruflichen Ausbildung zu schließen, muss oberstes Ziel der Politik des Landes sein.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, solange eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsplatzmarkt besteht, dem positiven Beispiel der Bundesregierung zu folgen und ein eigenes ergänzendes rheinland-pfälzisches Programm zur beruflichen Ausbildung von Jugendlichen zu entwickeln und durchzuführen. Neben der Fortführung unterstützender und qualifizierender Maßnahmen zum Einstieg in betriebliche Ausbildungsplätze soll es insbesondere folgende Maßnahmen enthalten:

- Die berufsbildenden Schulen sind als Zentren für berufliche Aus- und Weiterbildung auszubauen.
 - a) Sie sollen dazu die finanziellen, organisatorischen und rechtlichen Möglichkeiten erhalten, in Zusammenarbeit mit Betrieben, Verwaltungen und gemeinnützigen Trägern (Ausbildungsverbände) vollständige, nach dem Berufsausbildungsgesetz anerkannte berufliche Ausbildungen durchzuführen.
 - b) Wo die personellen, räumlichen und technischen Voraussetzungen vorliegen, sollen die berufsbildenden Schulen vollständige anerkannte berufliche Ausbildungen durchführen. Dies kann im Rahmen dreijähriger Berufsfachschulen, analog der Meisterschule in Kaiserslautern, geschehen oder auch im Rahmen anderer an den Schulen entwickelter Modelle, bei denen ein ausreichender Praxisbezug gewährleistet sein muss.

- Die finanzielle Unterstützung von Ausbildungsverbänden muss über den bisherigen Förderungsrahmen von Ausbildungsverbänden zwischen Betrieben erweitert werden zur Förderung von Ausbildungsverbänden mit Verwaltungen, gemeinnützigen Trägern und berufsbildenden Schulen.
- Die Landesregierung muss im Rahmen ihrer Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit den Kammern der Arbeitsverwaltung und anderen geeigneten Maßnahmeträgern in besonders benachteiligten Arbeitsamtsbezirken zusätzliche außerbetriebliche vollständige und anerkannte berufliche Ausbildungen organisieren und finanzieren.
- In Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung, den Kammern, Betrieben, Verwaltungen oder anderen geeigneten Maßnahmeträgern muss die Landesregierung die Fortsetzung und den Abschluss beruflicher Ausbildung von Auszubildenden aus Konkursbetrieben gewährleisten.

Begründung:

Auch im Jahr 1999 haben es die Wirtschaft und die Verwaltungen in Rheinland-Pfalz nicht geschafft, die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu schließen. Wie aus den oben genannten Zahlen hervorgeht, mussten sehr viele junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz gesucht hatten, sich nach Alternativen umsehen.

Nach der Verbleibstatistik des Landesarbeitsamts sind alleine 1999 5 739 junge Menschen wieder an eine Schule zurückgegangen, weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Viele davon verbringen ihre Zeit an den Schulen unfreiwillig als „Warteschleife“ vor einer neuerlichen Bewerbung um einen Ausbildungsplatz.

Das Sofortprogramm der Bundesregierung zur Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung von Jugendlichen hat mit seinen berufsqualifizierenden Maßnahmen und den außerbetrieblichen Berufsausbildungen mehr als 3 000 jungen Menschen in Rheinland-Pfalz einen direkteren Zugang zur Arbeitswelt verschafft.

Nach den Prognosen der Kultusministerkonferenz wird die Zahl der Absolventinnen und Absolventen der allgemein bildenden Schulen noch bis zum Jahr 2007 um rund 20 % ansteigen. Deshalb muss die Landesregierung verstärkte Anstrengungen unternehmen, damit tatsächlich ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen im dualen System der beruflichen Ausbildung entsteht und zwischenzeitlich jungen Menschen auch Angebote an außer- oder teilbetrieblicher beruflicher Ausbildung angeboten werden.

Für die Fraktion:
Guido Dahm